



Protokoll

6. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Montag, 23.10.2017
Raum, Ort:	Mensa des Gymnasiums am Silberkamp, Am Silberkamp 30, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Carsten Rauls

Vertretung für: Frau Riedel-Kielhorn, Mirian

Mitglieder

Herr Hans-Werner Fechner

Vertretung für: Herrn Björn Busse

Herr Christoph Hauschke

Herr Hartmut Marotz

Vertretung für: Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Herr Holger Meyer

Frau Doris Meyermann

Frau Rebecca Mittal

Frau Nadine Muthmann

Herr Matthias Möhle

Herr Jürgen Rubin

Frau Christine Spittel

Grundmandat

Herr Malte Cavalli

Bürgervertretung

Herr Hubertus Hahn

Herr Jörg Köther

Herr Benedikt Schurm

Herr Wilfried Wesemann

Kreistagsmitglied z. K.

Herr Hans-Werner Fechner

Herr Hartmut Marotz

Sonstige Mitglieder

Frau Jasmin Ebeling

Herr Winfried Selke

Protokollführung

Frank König

Verwaltung

Frau Anke Bode

Frau Ines Breymann

Herr Detlef Buhmann

Frau Ulrike Scharf

Herr Wilfried Schmidt

Herr Joachim Schröter

Herr Dirk Sommer

Frau Silke Tödter

Frau Emine Öztürk

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Björn Busse

fehlt entschuldigt

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Dieter Samieske

fehlt unentschuldigt

Bürgervertretung

Herr Günter Mertins

fehlt entschuldigt

Frau Eva Schlaugat

fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2017
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Verpflichtung einer Bürgervertreterin
- 6 Der Fachkräftemangel im Pflegebereich und seine Folgen
- 7 Begleitung/Integration von 'auffälligen' Flüchtlingen (Antrag der Fraktion der CDU)
- 8 Ärzteversorgung im Landkreis Peine: Die CDU-Kreistagsfraktion Peine beantragt, dass die Kreisverwaltung Konzepte erstellt, wie dem in den kommenden Jahren vorhersehbaren Ärztemangel im Landkreis Peine entgegengewirkt werden kann. (Antrag der Fraktion der CDU)
- 9 Informationen der Verwaltung
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, **Kreistagsabgeordneter Rauls** (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Einwohner und Einwohnerinnen sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung..

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Da keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche vorliegen, stellt er die Genehmigung der Tagesordnung fest..

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2017

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

5. Verpflichtung einer Bürgervertreterin

FBL Herr Dr. Buhmann bittet darum, künftig bei der Vorlagenerstellung die weibliche Form „Bürgervertreterin“ zu nutzen.

Anschließend verpflichtet er **Frau Ebeling** als Bürgervertreterin.

Der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** gratuliert Frau Ebeling und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

6 . **Der Fachkräftemangel im Pflegebereich und seine Folgen** **Vorlage: 2017/118**

Die für Altenhilfeplanung bzw. allgemeine Beratung, Nachbarschaftshilfen, Seniorenkreise zuständige Mitarbeiterin des Fachdienstes Soziales, **Frau Bode**, präsentiert die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Landkreis Peine bis zum Jahr 2031 mittels Bevölkerungsprognosen. Die Pflegbedürftigkeit steigt somit von 4931 Menschen im Jahr 2013 auf 6491 Menschen im Jahr 2031. Lt. Statistik würde jeder 3. Mensch über 90 Jahre pflegebedürftig werden.

Bei einer relativen Zunahme der Pflegebedürftigkeit im Landkreis Peine von 47 % im Zeitraum 2009 – 2030 entsteht eine Personallücke von 1.092 Pflegekräften.

Derzeit gibt es kreisweit im Krankenhaus und in der Berufsschule pro Jahr 40 Auszubildende. Mit dem neuen Pflegeberufegesetz wird ab 2020 erstmalig eine generalistische Pflegeausbildung eingeführt. Sie ermöglicht nach der Ausbildung in allen Versorgungsbereichen zu arbeiten, d.h. in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege. Für alle Auszubildenden werden in den ersten beiden Ausbildungsjahren gemeinsame Lerninhalte vermittelt. Anschließend kann ein Schwerpunkt gewählt werden.

Bei der Darstellung der Personalausstattungen in der ambulanten und der stationären Pflege betont **Frau Bode** die besonderen Belastungen für das Familien- und Privatleben, die u.a. aus der hohen Anzahl von Wochenenddiensten entstehen. Sie skizziert die bundesweit ungleichen Bezahlungen und unterschiedlichen Aufgaben bzw. Befugnisse.

Anhand von Beispielen aus diversen Studien erläutert **Frau Bode** die positiven Auswirkungen auf eine angemessene Personalausstattung mit Pflegekräften zur Vermeidung von Komplikationen.

Im Rahmen ihrer Ausführungen zu den Möglichkeiten einer Aufwertung des Pflegeberufes verweist **Frau Bode** auf Plakataktionen und Projekte, zum Beispiel die Begleitung von Pflegeschülerinnen und -schülern.

KTA Muthmann bedankt sich für die umfangreiche Darstellung. Sie fragt nach den Gründen für den geringen Anteil an Vollzeitstellen im Bereich der ambulanten Pflege. Frau Bode benennt u.a. die notwendige Flexibilität und die Schwierigkeiten der Aufgabenverteilung in der Mittagszeit. In der stationären Pflege kann die Auslastung durch zusätzliche Aufgaben, zum Beispiel der Ärztebegleitung, besser gesteuert werden.

Auf Nachfrage von **KTA Mittal** stellt **Frau Bode** klar, dass sich die Fallzahlen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Personalausstattung bei der Vermeidung von Komplikationen auf einen Tag beziehen. Sie bestätigt, dass bei der Personengruppe, die zu Fachkräften ausgebildet werden können, Schülerinnen und Schüler enthalten sind.

Anschließend führt **Frau Bode** auf Nachfrage von **KTA Spittel** die unterschiedlichen Vergütungen einer Krankenschwester mit rund 3.000 Euro/ Monat und einer Alten-

pflegerin mit rund 2.200 bis 2.600 Euro/ Monat auf. Eine Angleichung ist durch eine Erhöhung der Pflegesätze möglich.

KTA Meyermann stellt die Frage nach der Machbarkeit insbesondere hinsichtlich der Anhebung der Personalausstattung und gibt zu bedenken, dass der Landkreis keine Zuständigkeit für das Gehalt und die Ausbildung innehat. Sie stellt die Frage, welche Möglichkeiten der Kreistag letztlich habe. Wichtig sei es, mehr Menschen für eine Ausbildung in dem Berufszweig zu gewinnen.

KTA Möhle gibt zu bedenken, dass viele Menschen kaum noch die Möglichkeit hätten, für eine spätere Absicherung Vorsorge zu tragen. Auch sei der demografische Wandel eine besondere Herausforderung.

KTA Fechner moniert die geringe Beteiligung der Politik am „Peiner Pflergetisch“, bei dem sich diverse Anbieter von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten in Zukunft besser miteinander vernetzen und gemeinsam im Austausch an Fragen rund um das Thema pflegerische Versorgung arbeiten wollen. Er regt die Erweiterung des einzuladenden Personenkreises und regelmäßige Berichte im AGAS an.

KTA Fechner weist auf den sich im Umlauf befindlichen Fragebogen des Gesundheitsbündnisses sowie den Antrag der CDU-Fraktion zur Ärzteversorgung hin und fordert für den Pflegebereich strukturierte Konzeptansätze unter Einbindung des Krankenhauses.

KTA Marotz wünscht von der Verwaltung eine Aussage zur Aufstellung des Pflegebereiches. Er fragt, wie sich der Kreis bzw. seine Organe einbringen können unter den vorgegebenen Bedingungen des Systems der Pflegeversicherung und der grundsätzlichen Ausgestaltung der Beschäftigung bei externen Organisationen.

KTA Cavalli verweist auf die Marktmechanismen und die Zuständigkeit des Bundes. Auch er unterstreicht die komplexe Personalsituation und den Wettbewerb am Markt.

Frau Bode zeigt auf, dass die Größe der Organisation eine Rolle spielen kann. Sie geht auf zwei Beispiele einer Betriebsschließung bzw. -aufgabe im Kreisgebiet ein.

FBL Herr Dr. Buhmann geht auf den bundesweiten Mangel von Pflegefachkräften und dem Verdrängungswettbewerb am Markt ein. Die Bedeutung der Pflege wird auch bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene berücksichtigt. Die Beteiligungsmöglichkeiten des Landkreises beschränken sich auf den Bereich der Heimaufsicht und auf die Unterstützung bei der Finanzierung der Pflegeleistungen der externen Einrichtungen.

Hinsichtlich der Bezahlung gilt es u.a. die Wertschätzung, zum Beispiel durch die Einrichtung von Pflegestudiengängen und damit einer Akademisierung des Berufszweiges, zu steigern und somit die Attraktivität zu erhöhen. Von einer Anhebung der Pflegesätze profitieren auch die Beschäftigten.

Hinsichtlich der erwarteten Änderungen des Pflegeberufgesetzes weist er darauf hin, dass Experten inzwischen die Auswirkungen auf den Pflegesektor dämpfen.

FBL Herr Dr. Buhmann betont die Notwendigkeit der Stärkung der Berufsschule bei der Ausbildung und der engen Zusammenarbeit mit dem Klinikum. Es gelte, den Ausbildungsgang an der BBS zu festigen und auszubauen.

Anschließend unterstreicht er die Bedeutung des „Peiner Pflergetisches“ insbesondere bei den Ansätzen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bezahlung, Wiederkehrer/Wiederkehrerinnen und Quereinsteiger/Quereinsteigerinnen. Verbesserungen erwar-

tet er auch durch die angekündigte Einführung eines Einwanderungsgesetzes und dessen Regelungen zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte. Auch die Gewerkschaften streben unter der Zielsetzung Pflegekraft-Patienten-Quote gesetzliche Vorgaben zur Verbesserung der Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen an, um die hohen körperlichen und psychischen Belastungen zu reduzieren.

Es gilt zudem, mittels des „Peiner Pflergetisches“ gemeinsam an der Attraktivität des Berufs zu arbeiten.

Frau Bode geht auf die ersten Erfolge der Vernetzung des „Peiner Pflergetisches“ ein, da erstmalig die langen Wartezeiten bei der Tagespflege identifiziert werden konnten. Das Gesundheitsministerium unterstützt dieses Angebot ausdrücklich.

KTA Meyermann verweist auf die unterschiedlichen Angebote. Sie wünscht sich eine regelmäßige Information auch zu den Entwicklungen bzw. Ergebnissen anderer Einrichtungen bzw. Institutionen im AGAS.

KTA Fechner kritisiert im Zusammenhang mit seinen Bemühungen zur Einrichtung von Pflergetischen in den Gemeinden die eingeschränkte Teilnahmebereitschaft der Politiker/Politikerinnen. Er verweist auf seine Anregungen zur Einrichtung eines sozialen Jahres in Seniorenheimen und zu Angeboten bei der KVHS zur Entlastung von Pflegekräften.

Frau Bode erläutert die bestehende Unterstützung durch die Alltagsbegleiter/Alltagsbegleiterinnen sowie die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen sozialer Dienste.

KTA Marotz fordert eine Konzentration der KTA auf kommunale Aufgaben, die von den politischen Gremien in eigener Entscheidung bearbeitet und mit entsprechenden Konsequenzen umsetzbar sind. Statt einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über externe Zuständigkeiten sollten die gestaltbaren Landkreis-Aufgaben Heimaufsicht, Pflergetische und die Verzahnung der Schulträger bearbeitet werden.

FBL 3 Herr Dr. Buhmann verdeutlicht, dass aufgrund der zunehmenden Komplexität der Themen bereits die Vorlagen der Verwaltung eine breitere Information als Grundlage für die Entscheidungen der politischen Gremien beinhalten.

FDL Frau Scharf verweist auf die gute Zusammenarbeit zwischen Frau Bode und dem Jobcenter. So konnten bereits einige Kunden/Kundinnen aus dem Leistungsbezug des Sozialgesetzbuches (SGB) II als Alltagsbegleiter/Alltagsbegleiterinnen ausgebildet werden.

Der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** fasst abschließend die begrenzten Einflussmöglichkeiten des Landkreises zusammen. Er bittet **Frau Bode** um regelmäßigen Berichterstattung über die Aktivitäten des „Peiner Pflergetisches“ im AGAS sowie um eine Einladung der Mitglieder.

Auf Wunsch von **KTA Meyermann** sollen auch regelmäßige Informationen über die Arbeit anderer Einrichtungen bzw. Institutionen erfolgen.

Abschließend verweist **KTA Fechner** auf die Kümmerer- und Ansprechpartnerfunktion der Abgeordneten für die Bürger/Bürgerinnen hin, die auch eine umfangreiche Informationseinholung und Diskussion beinhaltet.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2017/118 Kenntnis genommen hat.

7. Begleitung/Integration von 'auffälligen' Flüchtlingen (Antrag der Fraktion der CDU)

Vorlage: 2017/137

Frau Öztürk verweist auf die Informationsvorlage und ergänzt die exemplarische Auflistung der Maßnahmen zur Integration.

Die geschlechterspezifische interkulturelle Schulung für Flüchtlingssozialarbeiter und Flüchtlingssozialarbeiterinnen wurden von der Gleichstellungsbeauftragten **Frau Tödter** allein oder in Kooperation bzw. Zusammenarbeit zwischen **Frau Öztürk** und **Frau Tödter** durchgeführt.

Die Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterinnen haben zudem beim Angebot der Fortbildung zur Salafismusprävention, die die Gleichstellungsbeauftragte auf Initiative von **Frau Öztürk** für den Präventionsrat des Landkreises Peine organisierte, den Wunsch nach einer Veranstaltung zum Thema „Demokratiebildung in Schulen“ geäußert. Ein entsprechender Bedarf an Fortbildungen zu den Inhalten der Demokratie wird niedersachsenweit geäußert.

Anschließend geht **Frau Öztürk** auf die fachbegleitende Prozessbegleitung und Supervision und schwierige Tätigkeit der Flüchtlingssozialarbeiter/ Flüchtlingssozialarbeiterinnen ein und erläutert die Aufgaben des Übergangsmangements.

Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen in der Südstadt Peine und der Einschätzung der Polizei, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, wurden diverse multilaterale Gespräche geführt. Zu den Bestandteilen des entsprechenden Maßnahmekonzeptes gehört u.a. die aufsuchende und szenenorientierte Sozialarbeit als besondere Herausforderung.

Deutlich sei inzwischen, dass die Auseinandersetzungen in der Peiner Südstadt kein Phänomen der aktuellen Zuwanderung sei. Als Folge der Vernachlässigung der Integrationsarbeit vergangener Zeiten sei nunmehr eine nachholende Integrationsarbeit erforderlich.

Hinsichtlich der Bereitstellung von „Streetworkern“ gibt es erste Verhandlungen mit dem Caritasverband. Nach entsprechender Konkretisierung erfolgt, analog zu anderen Abstimmungen, eine umgehende Information der politischen Gremien.

KTA Fechner bedankt sich für die Darstellung und verweist auf die Auffälligkeiten von - nach seiner Wahrnehmung - überwiegend männlichen jugendlichen Zugewanderten in der Gemeinde Vechelde. Er betont die Notwendigkeit der präventiven Begleitung zum Beispiel bei der Sicherstellung der Teilnahme am Sprachunterricht zur Vermeidung von Problemfällen.

Die **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** ergänzt die Ausführungen von Frau Öztürk und stellt in diesem Kontext das Projekt „Nice to meet you“ vor, das die Landesstelle Jugendschutz für die Zielgruppe „junge männliche Flüchtlinge“ anbietet. Ziel des Projektes ist die Auseinandersetzung mit dem Recht auf sexuelle Selbstbestim-

mung und seiner Umsetzung im Alltag. Für die Work-Shops hat die Theaterpädagogische Werkstatt Osnabrück Filmszenen mit jungen Flüchtlingen entwickelt. Dabei geht es um Missverständnisse und Grenzverletzungen.

Die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Tödter** hat dieses Angebot an alle Flüchtlingssozialarbeiter/Flüchtlingssozialarbeiterinnen im Landkreis weitergeleitet und eine Finanzierung in Aussicht gestellt. Auch bei den Vorfällen in der Südstadt, bei denen junge Männer mit Migrationshintergrund, auch junge männliche Flüchtlinge unterschiedlicher Ethnien aneinandergeraten sind, war eine Frau der Auslöser des Streits. Die Flüchtlingssozialarbeiterin der Gemeinde Wendeburg hat sich zurückgemeldet und Interesse gezeigt. Sie könne sich auch vorstellen, den Teilnehmerkreis um junge männliche Flüchtlinge der Gemeinde Vechelde zu erweitern.

Die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Tödter** spricht **Herrn Fechner** direkt an und meint, dass dies doch ein erster Schritt sein kann, das Problem mit männlichen jungen Flüchtlingen in Vechelde aufzugreifen.

Frau Öztürk bittet darum, dass die Flüchtlingssozialarbeiter/ Flüchtlingssozialarbeiterinnen in den Gemeinden bei den Zusammenkünften im Rahmen der Prozessbegleitung fallbezogene Herausforderungen nennen, um präventive Angebote entwickeln zu können.

Sie bietet an, die Gemeinden zu kontaktieren und anhand der Rückmeldungen Angebote zu entwickeln.

Die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Tödter** betont die Notwendigkeit der guten Qualifikation des Fachpersonals. Besonders wichtig ist ihrer Ansicht nach, die Multiplikatoren/innen zu schulen, die mit jungen Migranten bzw. jungen Flüchtlingen arbeiten. Dies sei ja, wie Frau Öztürk in ihrer Informationsvorlage anführt, schon geschehen, besonders im Bereich der Flüchtlingssozialarbeiter/Flüchtlingssozialarbeiterinnen, denen die Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter selber in Form von einem Infotreffen mit Beratungseinrichtungen und zwei Fortbildungen Unterstützung angeboten hat unter dem Schwerpunkt „Integrationssensible Sozialarbeit mit Flüchtlingen - Gewalt im Geschlechterverhältnis“. **Frau Öztürk** und die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Tödter** haben gemeinsam diese Unterstützung auch sozialen Einrichtungen, die im Kontext Übergang Schule und Beruf tätig sind, angeboten.

Geplant ist weiter eine Fachtagung des Präventionsrates des Landkreises Peine zum Thema „Wertevielfalt-Wertewandel-Wertegemeinschaft! Herausforderungen an eine gelingende Integration“. Die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Tödter** freut sich, dass sie nun endlich Ahmad Mansour als Referenten für diese in 2018 stattfindende Fachtagung gewinnen konnte. Ahmad Mansour weiß, wovon er spricht. Der 40jährige wuchs in einem arabischen Dorf in Israel auf. Seine Großmutter wurde zwangsverheiratet, er geriet unter den Einfluss des Islams und wurde Islamist. Er löste sich davon, studierte in Deutschland Psychologie und gründete später das Projekt „Heroes“. Dieses Projekt richtet sich an türkische und arabische junge Männer, die als Projektleiter ausgebildet werden. Es geht um Veränderungsarbeit, nämlich traditionelle Geschlechterrollen in Frage zu stellen. Auch dieses Projekt wird auf der Fachtagung vorgestellt.

Auf die Nachfrage von **KTA Mittal** zu den Auswirkungen der Verweigerung von Flüchtlingen der Teilnahme an Sprachkursen verweist **FBL Herr Dr. Buhmann** auf die Beschränkung der Sanktionierungsmöglichkeiten für die Kundinnen und Kunden nach dem SGB II. **FDL Sommer** ergänzt, dass die Sanktionsregelungen auch für deutsche Leistungsberechtigte gelten.

Abschließend verweist **Frau Öztürk** auf die Schwierigkeiten bei der Teilnahme an Sprach- bzw. Integrationskursen aufgrund der fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2017/137 Kenntnis genommen hat.

8 . **Ärzteversorgung im Landkreis Peine: Die CDU-Kreistagsfraktion Peine beantragt, dass die Kreisverwaltung Konzepte erstellt, wie dem in den kommenden Jahren vorhersehbaren Ärztemangel im Landkreis Peine entgegengewirkt werden kann. (Antrag der Fraktion der CDU)**

FBL Herr Dr. Buhmann erläutert die abnehmende Niederlassungsbereitschaft von Ärzten. Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung haben Kriterien, z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verdienstmöglichkeiten sowie eine gute örtliche Infrastruktur u.a. einen hohen Stellenwert.

Zu den Rahmenbedingungen verweist er auf den auf Bundes- und Landesebene beschlossenen „Masterplan Medizinstudium 2020“. Mehr Praxisbezug im Studium ist gerade mit Blick auf die gute Versorgung im ländlichen Raum von großer Bedeutung. Als Anreiz für eine Niederlassung im ländlichen Raum wird den Ländern die Einführung einer sogenannten Landarztquote ermöglicht. Danach können bis zu 10 Prozent der Medizinstudienplätze vorab an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiterbildung in der Allgemeinmedizin für bis zu zehn Jahre in der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten bzw. durch Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen tätig zu sein. Zudem sollen Studierende besser über die Möglichkeiten der Ableistung von Ausbildungsabschnitten im ländlichen Raum und die finanzielle Förderung informiert werden.

Das Land Niedersachsen fördert aktuell mit dem Programm „Ländliche Praxis“ Studierende mit einer monatlichen Förderung von 400 €, wenn diese sich im Anschluss verpflichten, im ländlichen Raum tätig zu werden.

Medizinische Förderzentren, möglicherweise in Trägerschaft des Landkreises, oder Kooperationen mit städtischen Arztpraxen können zur Verbesserung der Versorgungsquote beitragen. Auch der Landkreis könnte ein medizinisches Versorgungszentrum einrichten, dies könnte aber auch in anderer Trägerschaft entstehen.

Über 50% der Landkreise bundesweit haben inzwischen finanzielle Mittel in die Hand genommen, um Ärzte/Ärztinnen in der ländlichen Region anzusiedeln.

Nach Berechnung der kassenärztlichen Vereinigung gibt es derzeit im Kreisgebiet drei freie Plätze.

Verbesserungen bei der ländlichen Versorgung können sich durch die Ausweitung der Telemedizin ergeben, z.B. der digitalen Auswertung von Blutdruckmessungen. Zu bemängeln ist aber die fehlende persönliche Betreuung.

FBL Herr Dr. Buhmann verweist auf die Möglichkeiten der Unterstützung und Entlastung der Hausärzte durch die Zusatzqualifikation VERAH (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis) für erfahrene Medizinische Fachangestellte.

Abschließend betont er die hohe Bedeutung der Rahmenbedingungen bei der digitalen Vernetzung. So müssen insbesondere leistungsfähige Datennetze geschaffen werden. Auch die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren gilt es zu berücksichtigen.

KTA Fechner thematisiert die schwierige Versorgung im ländlichen Raum. Er bemängelt auch die Probleme bei der Mobilität aufgrund des eingeschränkten öffentlichen Personennahverkehrs.

KTA Marotz kritisiert ebenfalls die problematische räumliche Bedarfszuordnung anhand des Beispiels der Gemeinde Vechelde im Einzugsbereich von Braunschweig. So würde die Kassenärztliche Vereinigung landesweit die Bedarfsfeststellung festlegen, was bedeutet, dass die Gemeinden Vechelde und Wendeburg zu Braunschweig gezählt werden. Dieser Zuschnitt sei problematisch, da er nicht deckungsgleich mit dem Gebiet des Landkreises ist.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** diesen Tagesordnungspunkt.

9 . Informationen der Verwaltung

FBL 3 Herr Dr. Buhmann berichtet über die Berücksichtigung des Landkreises bei der Bewerbung am Projekt „Seelisch gesund in Schulen – alles klar“. Das Land Niedersachsen gewährt für ein Jahr eine Personalfinanzierung.

10 . Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** um 18:45 Uhr die Sitzung..

Carsten Rauls
Ausschussvorsitz

Dr. Detlef Buhmann
Kreissozialrat

Frank König
Protokollführung